

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar/Esther Oester, GB) vom 06. Dezember 2012: Denkmal für Demokratie und Spanienfreiwillige (2012.SR.000346)

In der Stadtratssitzung vom 20. Februar 2014 wurde das folgende Postulat Fraktion GB/JA! erheblich erklärt:

Von 1936 bis 1939 fand im Spanien ein Bürgerkrieg statt, der durch einen Militärputsch von rechts unter der Führung von General Francisco Franco gegen die gewählte republikanische Zivilregierung ausgelöst wurde. Auch Hitler und Mussolini griffen in diesen Krieg ein mit dem Ziel, den Faschismus in Europa zu stärken. Dagegen formierte sich in der spanischen Bevölkerung breiter Widerstand.

In der Folge entstand eine grosse internationale Solidaritätsbewegung für die spanische Demokratie. Rund 35'000 Freiwillige reisten damals aus vielen Ländern der Welt nach Spanien, um gegen Franco und seine faschistischen Verbündeten zu kämpfen. Dabei waren auch rund 800 Freiwillige aus der Schweiz, die die spanische Republik gegen den Militärputsch mitverteidigten. Sie vertraten unterschiedliche Berufsgruppen und stammten aus praktisch allen Kantonen der Schweiz. Rund 50 SpanienkämpferInnen haben einen biografischen Bezug zum Kanton Bern, der zusammen mit Zürich, Genf, und Basel einen Schwerpunkt dieser antifaschistischen Bewegung bildete (siehe: Peter Huber in Zusammenarbeit mit Ralph Hug, Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Biografisches Handbuch, Rotpunktverlag Zürich 2009). Die neueste Forschung zu den Schweizer Spanienfreiwilligen (www.spanienfreiwillige.ch) zeigt auf, dass diese Bewegung proletarisch geprägt und politisch pluralistisch war. Das Spektrum der Freiwilligen reichte parteipolitisch gesehen von ganz links bis in die bürgerlich-liberale Mitte hinein (ein Freiwilliger war Mitglied der FDP). Was sie alle verband, war eine mehr oder weniger ausgeprägte antifaschistische Einstellung.

Die rund 800 Freiwilligen verteidigten mit ihrem Einsatz auch die demokratischen Prinzipien und Grundrechte der Schweiz. Sie wollten unten anderem verhindern, dass der Faschismus in der Schweiz an Boden gewinnt. Rund ein Viertel der Freiwilligen hat dafür das Leben gelassen. Die meisten Rückkehrer kamen vors Militärgericht und wurden mit mehrmonatigen Freiheitsstrafen und dem Entzug ihrer politischen Rechte bestraft. Ausserdem hatten sie auf ihrem späteren Lebensweg mit vielen politischen und beruflichen Diskriminierungen zu kämpfen.

Während die meisten Länder Europas die Spanienfreiwilligen schon längst rehabilitiert haben, dauerte es in der Schweiz bis zum Jahr 2009, bis das Parlament die ungerechten Militärurteile kollektiv aufhob und damit die längst fällige, vollständige politische und rechtliche Rehabilitation und Entkriminalisierung nach 70 Jahren gewährte. Das „Bundesgesetz über die Rehabilitation der Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg“ hält seither fest, dass sich diese Personen für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben.

Die SpanienkämpferInnen haben eine besondere Bedeutung in der Geschichte der Solidarität und des Kampfes für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Sie haben sich als erste und früher als alle anderen gegen die faschistische Bedrohung eingesetzt. Es ist nicht mehr als gerecht, wenn ihrer auch in besonderer Weise gedacht wird. Die Stadt Bern trägt hierfür als Bundeshauptstadt eine besondere Verantwortung. Bern ist Ort der politischen Entscheide, wo die damalige Politik der Eidgenossenschaft geprägt wurde. Hier soll auch die öffentliche Anerkennung der Freiwilligen

sichtbar gemacht werden. Diese Anerkennung könnte an zentraler Stelle der Stadt symbolisch dargestellt werden, etwa in Form eines Denkmals oder Kunstwerks, das die positive Seite dieses Engagements für Demokratie und Freiheit sowie die Kultur der internationalen Solidarität hervorhebt. Während es in der West- und Südschweiz bereits mehrere den Spanienfreiwilligen gewidmete Erinnerungsorte gibt (Genf, La Chaux-de-Fonds, Monte Ceneri, Biasca), existieren in der deutschen Schweiz bisher nur zwei Gedenktafeln in Zürich (Volkshaus, Neumarkt). Auch in dieser Hinsicht drängt sich Bern als Stadt auf, die einen Beitrag an die Verankerung der Spanienfreiwilligen im kollektiven Gedächtnis zu leisten hat.

Wir beantragen, dass der Gemeinderat mit dem Bund und der IG Spanienfreiwilligen Kontakt aufnimmt, um an zentraler Stelle in der Stadt Bern ein Denkmal zu errichten, das an die Idee und die Ziele der Spanienfreiwilligen erinnert.

Bern, 06. Dezember 2012

Erstunterzeichnende: Hasim Sancar, Esther Oester

Mitunterzeichnende: Aline Trede, Monika Hächler, Christine Michel, Stéphanie Penher, Rolf Zbinden, Luzius Theiler

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die im Postulat geäusserte Meinung, dass den Spanienfreiwilligen eine besondere Bedeutung in der Geschichte der Solidarität und des Kampfes für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte zukommt. Ebenso würdigt er den Kampf der Schweizer Freiwilligen „für Freiheit und Demokratie“, wie dies im Bundesgesetz über die Rehabilitierung der Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg von 2009 zum Ausdruck gebracht wird. Er ist jedoch der Meinung, dass die Errichtung von Denkmälern für Einzelpersonen oder Personengruppen der Vergangenheit nicht mehr zeitgemäss ist und schlägt stattdessen die Bezeichnung eines Erinnerungsorts für „Freiheit und Demokratie“ im Rahmen einer zukünftigen Strassenbenennung vor.

Erinnerungsort statt Denkmal

Denkmäler entstanden in der Schweiz vor allem während des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Allein in der Stadt Bern gibt es über 70 verschiedene Gedenktafeln, Büsten, Plastiken, Gedenksteine, Statuen etc.¹ Nur die wenigsten Stadtbewohner wissen jedoch, wo sich diese befinden oder welche Bedeutung diesen zukommt. Besser bekannt sind die Bronzestandbilder „Grosser Berner“ wie des Stadtgründers Herzog Berchtold V. von Zähringen (Nydegg-Höfli), des Siegers von Laupen 1339 Rudolf von Erlach (Platz gegenüber dem Stadttheater), des Verteidigers von Murten 1476 Adrian von Bubenberg (Hirschengraben) und des Universalgelehrten Albrecht von Haller (Grosse Schanze). Ebenso dürfte das Weltpostdenkmal (Kleine Schanze) und das Welttelegrafendenkmal (Helvetiaplatz) den meisten ein Begriff sein.

Alle diese Denkmäler entstanden aus einem aktuellen zeitgenössischen Anlass heraus und verloren deshalb im Laufe der Zeit ihren Aktualitätsbezug. Heute verstehen die meisten Stadtbewohner weder die von den Denkmälern transportierten Botschaften noch können sie sich unter den in den Denkmälern verewigten Institutionen wie dem Weltpostverein oder der 1947 von Bern nach Genf verlegten Internationalen Fernmelde-Union etwas vorstellen. Eine Folge davon ist, dass die Bronzestandbilder bis heute mehrere Standortwechsel erfuhren oder wie Herzog Berchtold V. sogar

¹ Fritz von Gunten: Denk mal – ein Denkmal. Eine Entdeckungstour zu über 170 Denkmälern und 150 Museen und Kulturstätten im Kanton Bern, Huttwil 2010.

mehrere Jahre auf einem städtischen Abstellplatz an der Freiburgstrasse ihr Dasein fristeten. Bei anderen wie dem Welttelegrafendenkmal auf dem Helvetiaplatz streiten sich Behörden und Anwohner bis heute um den „richtigen“ Aufstellort.²

Das Konzept des Erinnerungsorts ist hingegen erst etwa 20 Jahre alt. Es stammt vom französischen Historiker Pierre Nora (*Les lieux de mémoire*, 1995). Im Unterschied zu den zeit- und ortsgebundenen Denkmälern sind Erinnerungsorte wandelbar und passen sich in ihren Aussagen der jeweiligen Gegenwart an. Der Begriff „Erinnerungsort“ meint mehr als eine reine geografische Verortung einer historischen Persönlichkeit oder Personengruppe beziehungsweise eines epochalen Ereignisses. Erinnerungsorte machen zwar ebenfalls auf wichtige Themen aufmerksam, die für die aktuelle Identität des Betrachtenden von Bedeutung sind. Sie vermitteln jedoch im Unterschied zum Denkmal keine starre Botschaft, sondern ermöglichen verschiedene Deutungen und für die Zukunft wandelbare Interpretationen. Auf diese Weise lässt sich eine einseitige Instrumentalisierung des sich Erinnerns durch einzelne Interessensgruppen oder politische Parteilagen vermeiden.

Der Kampf für Freiheit und Demokratie ist eine Daueraufgabe

Verbrechen gegen Personen, die sich für demokratische Werte und Menschenrechte einsetzen, sind nicht auf die Zeit der nationalsozialistischen und faschistischen Diktaturen oder auf die iberische Halbinsel beschränkt. Vielmehr dauern sie in vielen Gebieten der Erde bis in die heutige Zeit an. Der aktuell überall zu beobachtende Aufstieg autokratischer Regierungen macht bewusst, dass freiheitliche und demokratische Werte keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen aktiv verteidigt und gefördert werden. Hier kann die Stadt Bern mit der Schaffung eines Erinnerungsorts für Freiheit und Demokratie ein wichtiges Zeichen setzen.

Der Gemeinderat schlägt vor, auf die Errichtung eines Denkmals im herkömmlichen Sinn zu verzichten und stattdessen im Rahmen einer zukünftigen Grossüberbauung einen Erinnerungsort für „Freiheit und Demokratie“ zu schaffen. Er ist bereit, dies bei einer kommenden Grossüberbauung vorzusehen.

Bern, 15. Februar 2017

Der Gemeinderat

² Nach dem Entscheid des Bundesrats, das 7.5 Tonnen schwere Denkmal in der Mitte des Helvetiaplatzes aufzustellen, kam es 1913 zu einer Protestversammlung im Kulturcasino. Erst nachdem der Bundesrat den Standort für das Denkmal neun Meter von der Platzmitte hatte zurückversetzen lassen, konnte dieses 1922 schliesslich mit zehn Jahren Verspätung eingeweiht werden. Heute steht das Welttelegrafendenkmal all jenen im Weg, die sich eine bessere verkehrsmässige Erschliessung und städtebaulich vorteilhaftere Gestaltung des Helvetiaplatzes und der Museumsinsel wünschen.